

# Votum für einen konservativen Modernisierungskurs

## Analyse der Volkskammerwahl in der DDR

---

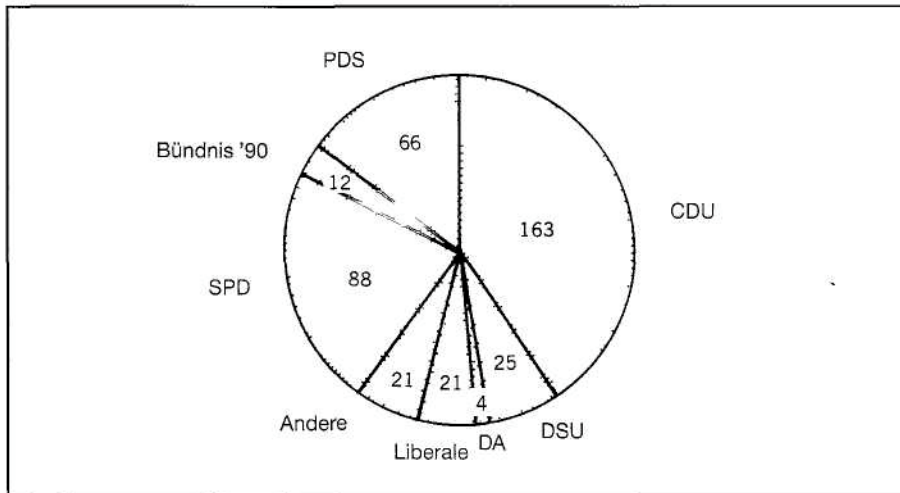
Ursula Feist, Diplom-Psychologin, ist Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas, Bonn-Bad Godesberg.

In Krisenzeiten wird auf deutschem Boden rechts gewählt. Eindrucksvoll wird diese These durch den Ausgang der ersten freien Parlamentswahlen in der DDR vom 18. März 1990 ein weiteres Mal belegt. Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes im Herbst 1989, unter dem Druck von Massenflucht und Massendemonstrationen in allen größeren Städten, führte die erzwungene Wende in der DDR nicht zur Reform des Sozialismus, sondern zum Import des westdeutschen Gegenmodells: einer konservativen Wählermehrheit aus CDU, DSU, DA und Liberalen. Auf der Verliererseite steht die SPD, im Verein mit den Initiatoren des Umbruchs, den Bürgerbewegungen. Während sich die SPD-Hoffnungen auf eine strukturelle Mehrheit zerschlugen, reichen Einfluß und politisches Mandat der Bürgerbewegungen nun über die intellektuellen und künstlerischen Eliten nicht mehr hinaus, das Volk hat sich „emanzipiert“. In die Opposition gewählt, aber gleichwohl nicht als Verlierer, wurde auch die PDS. Die Nachfolgeorganisation der stalinistischen SED hat durch ein Sechstel der Stimmen ihren neuen Namen legitimiert.

SPD und Bürgerbewegungen blieben indessen nicht allein auf der Strecke. Obwohl ihr Name nicht auf dem Stimmzettel stand, zählen auch die Gewerkschaften zu den Verlierern der Wahl. Der Primat der Politik, den der FDGB über Jahrzehnte anerkannt hatte, ist im Moment des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus auch auf die Interessenvertretung der Arbeitnehmer durchgeschlagen: Unter der Perspektive der ökonomischen Krise in ihrem Land entschieden sich insbesondere die Industriebeschäftigten gegen eine zweite Chance für den Sozialismus und für einen konservativen Modernisierungskurs. Das Ziel: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik. Der Weg: ohne Umschweife, am besten sofort. Ganz nach dem Motto: „Zukunft statt Sozialismus“ (CDU) oder „Freiheit statt Sozialismus“ (DSU).

Inwieweit hat sich mit dieser Urwahl in der DDR dort ein Parteiensystem nach westdeutschem Vorbild konstituiert? Ist es tatsächlich mit dem uns vertrauten verwandt, hat es sich wirklich bereits etabliert, und beeinflußt es künftig die gesamtdeutsche Parteienlandschaft? Diese Fragen sollen die folgende Analyse leiten.

**Sitzverteilung in der Volkskammer (400 Sitze)**



Quelle: Amtliches Endergebnis der Wahl vom 18. März 1990.

Plebizit für die deutsche Einheit

Die Vielzahl der Parteien, Listen und Bündnisse am 18. März 1990 stand im krassen Kontrast zur Entscheidungssituation der Wahlbevölkerung. Die Programme der Parteien, die in einem kurzen Wahlkampf bei knappen technischen Ressourcen kaum verbreitet werden konnten, waren sekundär. Gewählt wurden die Parteien in erster Linie aus einem alles andere überlagernden Motiv: Wie stehen sie zum Tempo der Wiedervereinigung? Wollen sie die deutsche Einheit sobald wie möglich, eher unter Bedacht der sozialen und wirtschaftlichen Folgen oder unter größtmöglicher Wahrung der DDR-Identität und Souveränität?

Die Würfel für diese Dramaturgie eines Plebiszits fielen in den Tagen um den 15. Februar mit ihren vier Ereignissen:

- Das *bürgerliche Lager* findet eine bis dahin nicht existierende Plattform. Unter Bonner Direktive bildet sich die Allianz für Deutschland, bestehend aus CDU, Demokratischer Aufbruch (DA), Deutsche Soziale Union (DSU).
- Auf dem Erneuerungsparteitag wird die *SED* endgültig in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ umbenannt. Die *PDS* bekennt sich zur deutschen Einheit - und zu ihrer Rolle als künftige Opposition. Sie streift damit ihre stalinistische Vergangenheit augenscheinlich ab und setzt zugleich den Akzent auf „progressiv, produktiv, pro DDR“.
- Die *SPD* rückt auf ihrem zur gleichen Zeit stattfindenden Parteitag unter Hinweis auf die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Nachteile eines überstürzten Einigungsprozesses von der Parole rascher Einheit ab.
- Bei dem ersten *Treffen Modrow - Kohl* in Bonn wird dem DDR-Ministerpräsidenten finanzielle Hilfe verweigert. Sie wird erst einer durch freie Wahlen legitimierten Regierung in Aussicht gestellt.

Ab diesem Zeitpunkt spitzt sich die politische Meinungsbildung im Wahlkampf auf die Frage zu: Einheit sofort oder später. Die Allianz steht für den sofortigen Beitritt; die PDS empfiehlt sich als Anwalt aller, welche die kolonialistischen Attitüden der westdeutschen Kapitaleigner fürchten, um ihren sozialen Besitzstand bangen, die Errungenschaften der DDR in das neue Zeitalter hinüberretten möchten. Wer die demokratischen Erfahrungen des Herbstes 1989 dazu rechnet, mag nun zwischen den Bürgerbewegungen und der PDS zu schwanken beginnen. Die SPD gerät zwischen die Fronten, symbolisiert in dem arbeitsteiligen und widersprüchlichen Auftreten der Wahlkämpfer Willy Brandt und Oskar Lafontaine. Die SPD steht weder für rasche Einheit noch für neue Zukunft. Symptomatisch dafür sind die Vorwürfe, sie sei von alten SED-Mitgliedern unterwandert, aber auch die Anspielung auf ihr Konzept eines demokratischen Sozialismus. Der DA ließ Plakate kleben, auf denen sich die Buchstaben „SPDSPDSPDS...“ reihten.

Die Motivlage der Wahlbevölkerung in der DDR war klar und einfach: 80 Prozent waren für die deutsche Einheit; 66 Prozent wollten sie spätestens binnen zwei Jahren. Noch vor dem Vollzug der Einheit identifizierten sich bereits 52 Prozent als Deutsche, nur 37 Prozent als DDR-Bürger. 80 Prozent hielten eine Wirtschafts- und Währungsunion für den wichtigsten Meilenstein auf dem Wege zur deutschen Einheit. Dabei bezeichneten 59 Prozent die wirtschaftliche Lage der DDR als desolat, und zugleich hofften 49 Prozent durch den Schritt zur Einheit auf baldige Besserung. „Du mußt rechter wählen, als Du bist, damit das Geld kommt“, zitierte der Berliner Tagesspiegel Stimmen aus Brandenburg. Die plebiszitäre Entscheidungssituation veranlaßte offenbar so manchen, taktisch abzustimmen. Die wirkliche Parteienwahl hat womöglich am 18. März 1990 in der DDR somit noch gar nicht stattgefunden.

#### Der zweite deutsche Staat - nach der Wahl in vielfacher Hinsicht gespalten

Nichtsdestoweniger hat der Wahlgang politische Fakten geschaffen. Sie spalten das Land in Nord-Mitte-Süd sowie nach Grenznähe zur Bundesrepublik beziehungsweise zu Polen, nach Stadt-Land, nach Industrieregionen gegen Verwaltungs- und Dienstleistungszentren, nach Hand- und Kopfarbeit, in Hauseigentümer und Mieter.

Dabei begegnet man vertrauten Mustern, die für ein Parteienspektrum zwischen Rechts-Mitte-Links charakteristisch sind: so die größere Wählernähe der konservativen Parteien in ländlichen Regionen, ihr Rückhalt bei den Besitzbürgern. DDR-spezifisch beziehungsweise für die Krise symptomatisch: Entlang der westdeutschen Grenze, den Wohlstand lange durch die Medien und zuletzt durch eigene Anschauung vor Augen, schneiden CDU und DSU besonders gut ab. In den stark umweltbelasteten Regionen, von veralteten Industrieanlagen geprägt, gegenüber der Hauptstadt Berlin, dem Schaufenster des Sozialismus, besonders vernachlässigt und von neuem Landesbewußtsein beflügelt, setzte man auf CDU und DSU als Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs. In Thüringen und Sachsen, Ursprungsländer der Sozialdemo-

kratie, aber bereits in der Weimarer Krisenzeit auch anfällig für die Hitlerpartei, entschieden sich vor allem Industriearbeiter - entgegen ihrer vermeintlichen Klassenlage - für die christlich-konservativen Parteien. Hier entstanden Mehrheiten um die 60 Prozent, wie sie vor Jahren in Bayern für die CSU möglich waren. Die bundesdeutschen Volksparteien können hiervon selbst in ihren Hochburgen kaum noch träumen.

**Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990: Sozioökonomische Trends**

	CDU %	DSU %	SPD %	PDS %
<b>Stadt – Land</b>				
Großstädte	27,6	7,2	26,8	22,3
Landkreise	46,3	6,1	20,0	13,6
<b>Grenznähe</b>				
zur Bundesrepublik	50,4	4,5	20,9	11,9
zu Polen	35,5	6,8	21,0	21,0
<b>Wirtschaftsstruktur</b>				
sehr viel Industrie	46,9	10,2	16,6	13,0
Dienstleistungen	29,2	5,6	26,7	22,6
<b>Qualifikation</b>				
hoher Bildungsgrad	31,2	6,1	25,7	21,4
niedriger Bildungsgrad	47,1	8,7	18,1	12,2
<b>Privateigentum</b>				
viel Wohnungseigentum	50,0	7,4	17,5	11,5
wenig Wohnungseigentum	29,6	6,2	25,1	23,1

Quelle infas-Wahlberichterstattung

**Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990: Regionale Schwerpunkte der Parteien**

Bezirke	CDU %	DSU %
Erfurt	<b>56,6</b>	2,4
Suhl	<b>50,6</b>	8,9
Gera	<b>48,9</b>	8,2
Leipzig	<b>39,8</b>	10,0
Dresden	<b>45,0</b>	13,8
Karl-Marx-Stadt	<b>45,0</b>	14,8
Bezirke	SPD %	PDS %
Berlin	35,0	30,0
Potsdam	<b>34,3</b>	16,6
Frankfurt / Oder	<b>31,9</b>	<b>22,1</b>
Magdeburg	<b>27,5</b>	14,2
Rostock	<b>24,8</b>	<b>23,2</b>
Neubrandenburg	21,2	25,8

Quelle infas-Wahlberichterstattung

Den Gegenpol bilden die nördlichen Bezirke, darunter mit einem Sonderresultat Berlin. Während die Allianz im Süden in 6 der 15 Bezirke absolute Stimmenmehrheiten erhielt, gelang dies SPD und PDS zusammen nur in drei. Diese Bezirke sind größtenteils von Verwaltung und Dienstleistung geprägt.

#### Politische Traditionen - die Zeiten struktureller Mehrheiten sind passe

Das Plebiszit vom 18. März 1990 hat die alten politischen Traditionen in den Ländern der DDR weitgehend neu überschrieben. Was Konrad Adenauer seinerzeit bei einer potentiellen Wiedervereinigung gefürchtet haben soll, nämlich eine strukturelle Wählermehrheit für die Sozialdemokratie, davon ist nach 40 Jahren DDR-Geschichte kaum noch etwas zu finden.

Am deutlichsten haben jene Regionen ihr Profil gewandelt, die 1946, bei der letzten Landtagswahl in der sowjetisch besetzten Zone, als SED-Hochburgen zu bezeichnen waren (mit Anteilen von 50 Prozent und mehr). Hier erlangten CDU und DSU nun zusammen eine absolute Stimmenmehrheit. SPD und SED kamen zusammen nicht mal auf ein Drittel der Stimmen. Die SED-Hochburgen 1946 konzentrierten sich auf den Süden des Landes. Etwas größere Kontinuität gab es in den damaligen CDU-Hochburgen (vom südlichen Bezirk Schwerin nach Osten über den Bezirk Neubrandenburg bis nach Frankfurt/Oder sowie im Umkreis von Berlin in den Bezirken Potsdam, Cottbus). Hier, wo die CDU 1946 stärkste Partei wurde, erzielte die CDU nach 40 Jahren allerdings kein außergewöhnliches Resultat mehr, sondern nur ein durchschnittliches, ebenso wie die PDS, während die Sozialdemokraten in den alten CDU-Hochburgen mehr Stimmen mobilisierten als im DDR-Durchschnitt.

Die politische Tradition blieb allein in den SPD-Hochburgen gewahrt, dort wo die SPD 1946 die anderen Parteien hinter sich Heß. Die SPD-Hochburgen von damals sind praktisch identisch mit den Berliner Stadtbezirken. Hier hat sich offenbar nach 40 Jahren etwas von dem alten roten Berlin, dem Großstadtpotential der Sozialdemokraten, wiederbeleben lassen, unterstützt möglicherweise von den Westberliner Parteifreunden.

Bei Landtagswahl 1946	CDU %	DSU %	SPD %	PDS %
SED-Hochburgen	44,7	9,0	17,5	15,0
CDU-Hochburgen	40,7	2,2	25,9	16,3
SPD-Hochburgen	18,5	2,2	35,0	29,7

Quelle infas-Wahlberichterstattung

Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 knüpft also kaum mehr an die alten politischen Konfliktlinien in ihren regional sich manifestierende Strukturen an. Schließlich lag der polarisierende Entscheidungsdruck für die Wählerschaft auch nicht in den klassischen Gesellschaftskonflikten, die für die Ent-

stehung des deutschen Parteiensystems historisch verantwortlich sind, wie zum Beispiel die konfessionelle Teilung, der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, Stadt und Land, Zentrum und Peripherie. Um so merkwürdiger mutet an, in welchem Maße die Volkskammerwahl dennoch Züge des bekannten bundesdeutschen Parteiensystems trägt. Allerdings mit wichtigen Varianten: Die westdeutsche Partei der Grünen, Ausdruck des modernen Konflikts um den Schutz der Umwelt, blieb in der DDR nahezu bedeutungslos. Das linke Spektrum ist zersplittert in zwei große Parteien, SPD und PDS, daneben noch eine kleine elitäre Partei, das Bündnis '90. Auf dem Flügel Mitte/Rechts sind mit CDU und DSU in etwa die Proportionen innerhalb der Union abgebildet, wobei die DSU in ähnlichem Umfang wie seinerzeit die CSU unter Strauß auch rechtskonservative Kräfte absorbierte, was der CSU heute durch die Konkurrenz der Republikaner nicht mehr in dem Maße gelingt.

Mit anderen Worten: Das gegenwärtige westdeutsche Parteiensystem wurde nicht nach Osten exportiert, allenfalls könnte es irgendwann unter dem Druck der Einheit ein Modell werden. CDU und DSU fehlen dabei die für die Bundesrepublik typische sozialstrukturelle Basis durch den Katholizismus; sie bewegen sich zudem in einem „wesensfremden“ Terrain, in den industrialisierten Zonen des Landes. Die DDR-SPD ihrerseits fußt nicht auf den Traditionen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und sieht sich einer doppelten Herausforderung ausgesetzt durch die kommunistische PDS und das intellektuelle Bündnis '90, deren Chancen bei Krisenverschärfung steigen könnten.

Einen Prototyp für ein neues Wählerszenario auch im westdeutschen linken Spektrum könnte die Stadt Berlin abgeben. Drei Viertel der Wahlbevölkerung hat hier am 18. März 1990 für die Linksparteien gestimmt. Das ist sicher mehr als ungewöhnlich und nicht generalisierbar. Wichtiger ist die innere Verteilung. Die SPD ist weit davon entfernt, das Terrain allein zu beherrschen, vielmehr ist die marxistische Alternative annähernd gleich stark; der intellektuelle Flügel in Gestalt einer ökologischen und einer radikal-demokratischen

<b>SPD</b>	35,0%	
<b>PDS</b>	30,0%	
<b>Bündnis '90</b>	6,4%	
<b>Vereinigte Linke</b>	0,3%	
<b>Grüne</b>	2,7%	
		<b>74,4%</b>
<b>CDU</b>	18,4%	
<b>DSU</b>	2,2%	
<b>DA</b>	1,0%	
<b>Liberale</b>	3,0%	
		<b>24,6%</b>
<b>Andere</b>	1,0%	<b>100%</b>

Quelle: infas-Wahlberichterstattung

Komponente reicht an 10 Prozent. Müssen sich die Sozialdemokraten als eine linke Volkspartei künftig darauf gefaßt machen, von drei Seiten eingezingt zu werden: von Kommunisten, Ökologen und Liberalen sowie von der rationalen, instrumentell wählenden Mitte?

#### Die Hypotheken der Linksparteien

Im Laufe des Wahlkampfes hat die SPD ihre Meinungsführerschaft sukzessive abgegeben. Der Wendepunkt zu dieser Entwicklung lag auf dem schon erwähnten Parteitag Mitte Februar. Hatte die SPD bis dahin das politische Vakuum ausgefüllt, das durch den Machtverfall der SED entstanden war, so schaffte sie es danach nicht, neuen Einfluß auf die Meinungsbildung zu gewinnen, und beispielsweise etwas von der alten Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften wieder aufleben zu lassen und somit dem historischen Bündnis sozialer Bewegungen aus der Zeit der Industrialisierung eine neue Daseinsberechtigung zu verleihen.

Im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umbruch in der DDR gelang es den Gewerkschaften nicht, mit an die Spitze der Erneuerung zu treten. Wollten sie auch nicht? Sie überließen auf jeden Fall dem konservativen Krisenmanagement das Feld, das - ähnlich wie nach der Wende in der Bundesrepublik 1982/83 - auch 1990 den Arbeitnehmern in der DDR klar zu machen mußte, Wirtschaftsaufschwung und Wachstum würden am besten soziale Sicherheit gewährleisten. Unabhängige Gewerkschaften hielten nur zwei von drei Wahlberechtigte zur Gestaltung der neuen Zukunft für wichtig; soziale Sicherheit und sichere Arbeitsplätze dagegen ungefähr neun von zehn. Am engagiertesten befürworteten unabhängige Gewerkschaften nicht etwa jene,

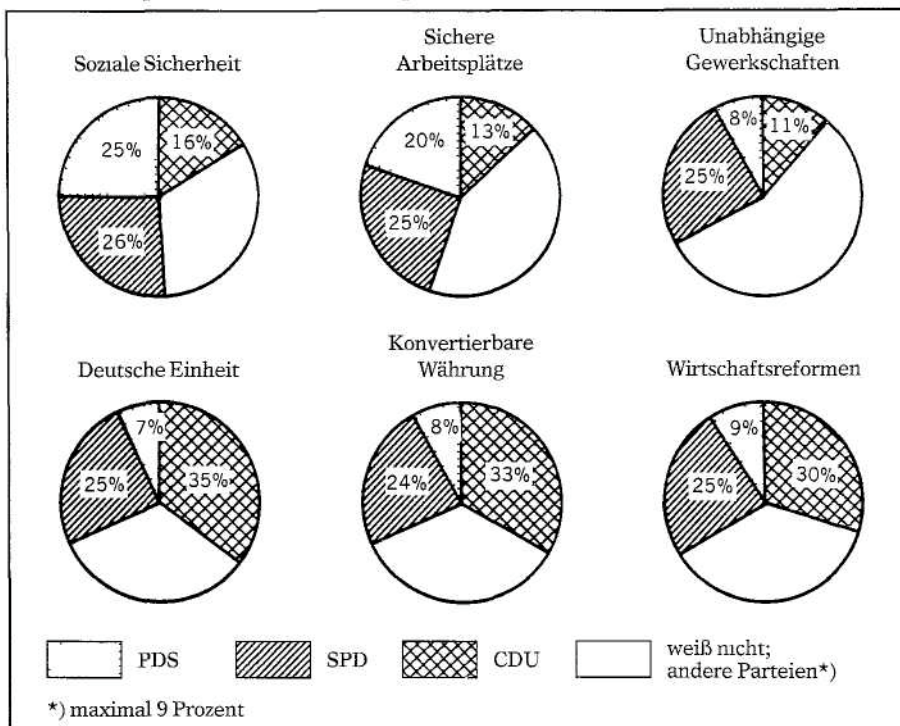
	Soziale Sicherheit %	Sicherer Arbeitsplatz %	Unabhängige Gewerkschaften %
Befragte insgesamt	92	85	64
<b>Bildungsabschluß</b>			
Ohne Abschluß	89	78	49
Teilfacharbeiter	91	86	64
Facharbeiter	91	85	64
Fachschule / Meister	95	88	67
Hochschule	96	88	75
<b>Parteipräferenz</b>			
Allianz	91	84	63
Liberales	92	79	56
SPD	96	89	63
PDS	99	95	71

Quelle: Repräsentativerhebung des DDR-Fernsehens unter 2000 Wahlberechtigten, 1. bis 10. März 1990

die aus betrieblicher Erfahrung das stärkste Interesse an einer funktionierenden Interessenvertretung haben müßten, sondern die Bildungseliten, auch nicht die SPD-Anhänger, sondern die der PDS.

Dabei waren die Erwartungen an die Linken Parteien im Hinblick auf die Wahrung von Arbeitnehmerinteressen, mithin der Vertrauensvorschuß in ihre Handlungsfähigkeit, beträchtlich. Mehr als die Hälfte hielten SPD (26 Prozent) und PDS (25 Prozent) für die besten Garanten sozialer Sicherheit und versprachen sich von diesen beiden Parteien am ehesten sichere Arbeitsplätze (25 Prozent beziehungsweise 20 Prozent). In der Frage unabhängiger Gewerkschaften war zwar die Meinungsunsicherheit am größten; das in die SPD gesetzte Vertrauen, hier nicht minder als bei den anderen Arbeitnehmerfragen, verpuffte allerdings ins Leere mangels konkreter Konzepte für eine Kooperation zwischen SPD und Gewerkschaften. Umgekehrt galt die CDU - im Einklang mit ihren politischen Aussagen - als Garant deutscher Einheit, einer stabilen Währung und von Wirtschaftsreformen.

**Parteienkompetenzen: Arbeitnehmerpolitik contra Wirtschaftsaufschwung**



Quelle: Repräsentativverhebung des DDR-Fernsehens unter 2000 Wahlberechtigten, 1 bis 10 März 1990

Die Krise des FDGB, seine kaum erkennbare Erneuerung, sein mangelndes Gewicht in der Konstituierungsphase der neuen DDR vor dem Übergang zur deutschen Einheit dürften die Sorgen des DGB künftig noch vermehren.



Ohnehin herausgefordert durch den EG-Binnenmarkt 1992, auf den die europäischen Gewerkschaften kaum vorbereitet sind, geschweige denn eine gemeinsame Strategie entwickelt haben, steht der DGB vor der Aufgabe, den Interessenvertretungsanspruch für die DDR-Arbeitnehmer glaubhaft zu machen. Sofern nicht alte Hypothesen der Kooperation von FDGB und SED das neue Verhältnis zwischen Arbeitnehmerschaft und organisierter Interessenvertretung belasten, können das die neuen Probleme sein, die eine Bindung schwächen. Dazu zählt auch die Legitimationskrise, die die deutschen Gewerkschaften durch ihr Versagen in der Gemeinwirtschaft (Stichwort: Neue Heimat) erlitten haben. Das Gebaren einiger FDGB-Funktionäre hat die Erinnerung daran wieder wachgerufen. Nicht minder wichtig als diese Kompetenz- und Glaubwürdigkeitskrisen ist der kontinuierliche Verlust gewerkschaftlicher Bindung durch den nun auch in der DDR einsetzenden sozialen Wandel, geprägt vom Ende der Arbeiterbewegung und von der kulturellen Vorherrschaft der Angestelltenmentalität. Deren Individualismus widersetzt sich einer Massenorganisation.

Die Arbeitnehmer in der DDR haben mit ihrem Votum am 18. März 1990 für einen konservativen Modernisierungskurs den Gewerkschaften und linken Volksparteien einen Vorgeschmack davon geliefert, wie eng künftig ihr Handlungsspielraum zwischen gesellschaftlicher Konfrontation und sozialpartnerschaftlicher Kooperation abgesteckt ist.